



Josef Winkler



Dr. Hermann Kues



Jürgen Becker



Dr. Helge Braun



Peer Steinbrück



Volker Kauder



Hans-Ulrich Jörges

Politik und Studentenverbände im Gespräch –

Prominent besetztes „Berlin-Seminar“ der AGV diskutierte über Euro-Rettungsschirm, Generationengerechtigkeit und Bologna-Reform



VON BARBARA SCHMICKLER (UV)

Aktueller hätte es die Arbeitsgemeinschaft katholischer Studentenverbände (AGV) nicht treffen können: Direkt nach der Abstimmung über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF am 29. September konnten die Teilnehmer des diesjährigen „Berlin-Seminars“ mit dem SPD-Abgeordneten und ehemaligen Finanzminister Peer Steinbrück und dem Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder über die aktuelle Finanzkrise und mögliche Wege zu ihrer Lösung diskutieren.



Die studentischen Spitzen der katholischen Korporationsverbände waren vom 28. bis 30. September bei strahlendem Sonnenschein nach Berlin gekommen, um im Rahmen ihres *Dialogprogramms* mit Vertretern aus Politik und Medien über aktuelle Fragen zu sprechen. Neben der Euro-Krise und dem damit verbundenen Thema der Generationengerechtigkeit ging es in den Diskussionen auch um die Reaktionen auf den Papstbesuch in Deutschland, der am Sonntag zuvor zu Ende gegangen war. Weitere wichtige Themen des Dialogprogramms: Bildung, das „C“ in der Union und die Entwicklung der Parteienlandschaft.



Ruhig betritt Peer Steinbrück nur kurze Zeit nach der Abstimmung über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms am 29. September im Bundestag den Raum, in dem die Vertreter der AGV bereits auf ihn warten. „Die Lage in Europa ist sehr labil“, beginnt der SPD-Politiker, der kurz zuvor noch für seine Partei im Plenum gesprochen hatte, sein erstes Statement. Weitere Abstimmungen zu Hilfen für marode Haushalte

Bild oben: Peer Steinbrück fordert für Griechenland einen Schuldenschnitt. Flankiert wird der SPD-Politiker vom AGV-Vors. Bernd Schulte (rechts, KV) und vom stv. AGV-Vors. Claus Broekmans (UV). Bild unten: Volker Kauder fordert, die europäische Idee in den Mittelpunkt zu stellen. Links neben Kauder der Leiter seines Büros und ehemalige AGV-Vorsitzende Dr. Michael Güntner (CV).

anderer Länder der Euro-Zone werden folgen. „Das durchzusetzen wird schwierig“, erklärt der ehemalige Finanzminister der großen Koalition. Griechenland sei pleite, ein Schuldenschnitt müsse

her. Außerdem nennt Steinbrück im Gespräch mit der AGV das Problem der Märkte, die die Politik zu sehr im Griff hätten: „Politik darf nicht erpresst werden.“

Europa am Scheideweg

Für Steinbrück steht Europa an einem Scheideweg: Entweder schaffe man eine monetäre Renationalisierung, die einen Rückschritt der Integration bedeuten würde oder aber man vertiefe die Integration, dafür müsse man allerdings Ausgleichsmechanismen organisieren. Dabei ist für ihn klar: „An der Bonität Deutschlands darf keiner ohne Konditionalisierung teilhaben.“ Deswegen fordert Steinbrück Sanktionen. Die Länder, die zu viele Schulden hätten, müssten sich ihre Haushalte genehmigen lassen. In Richtung der schwarz-gelben Bundesregierung fordert Steinbrück einen eindeutigen Weg. „Sind wir in Europa bereit, nationale Souveränität abzugeben und das Grundgesetz zu ändern?“, fragt der SPD-Mann in die Runde. „Wer würde das machen?“, schiebt er nach.

Seine Kritik: Europa sei auf ein technokratisches Gebilde reduziert. „Wir wissen nicht zu schätzen, in welchem privilegiertem Ausnahmezustand wir seit 1945 leben.“ Steinbrück fordert eine „neue Erzählung“ von Europa, die nicht auf Binnenmarkt, Währungsunion und einen intergouvernementalen Club beschränkt ist.

Während der SPD-Politiker an der Regierung kritisiert, sie halte sich zu viele Optionen offen, setzt CDU-Fraktionschef Volker Kauder auf den Faktor Zeit. „Wir müssen Schritt für Schritt vorangehen und schauen, wie die Maßnahmen wirken“, lautet seine Devise. Wie Steinbrück setzt auch Kauder auf eine stärkere Kontrolle der Haushalte der Mitgliedsstaaten der Euro-Zone. Eindringlich appelliert er im Gespräch mit den AGV-Vertretern, die Idee von Europa in den Mittelpunkt aller Überlegungen zu stellen. „Wenn Europa scheitert, ist Deutschland schuld.“

Neben der Euro-Krise bestimmt das Gespräch mit Volker Kauder die Frage nach dem „C“ in der Union. Für den CDU/CSU-Fraktionschef ist die CDU klar die Partei, die das christliche Menschenbild vertritt. Für ihn beginnt das menschliche Leben mit der Verschmelzung von Eizelle und Samen. Daraus leite sich einig ab, wie es auch der Papst



Der Parl. Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Dr. Hermann Kues (hintere Reihe, 5. v. rechts) stellte sich nach dem Gespräch mit den AGV-Vertretern zum Gruppenfoto vor dem Ministerium in der Berliner Glinkastrasse.

in seiner Rede vor dem Bundestag gesagt habe.

In der Debatte zur Präimplantationsdiagnostik (PID) nimmt Kauder eine eindeutige Position ein. Er hatte sich bei der Abstimmung im Deutschen Bundestag im Juli 2011 für ein Verbot ausgesprochen. Diese Position hatte auch die AGV in einer Erklärung eingefordert. Der Mensch sei ein Abbild Gottes, daran dürfe nicht manipuliert werden. Sehr persönlich berichtet Volker Kauder als Christ vom Spannungsverhältnis, das Teil unseres Lebens sei. Seine Überzeugung: „Das Gegenteil von Glauben ist Angst.“

„C“ als Markenkern

Das „C“ sei Markenkern der Union. Diese Auffassung vertritt auch der parlamentarische Staatssekretär im Familienministerium, Dr. Hermann Kues.



Der stv. Vorsitzende und kirchenpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, Josef Winkler, plädiert für die Offenheit seiner Partei bei Koalitionsoptionen.

Christ sein sieht er als Daueraufgabe, der man sich immer wieder zu stellen habe. In Bezug auf die Stammzellenforschung sagte er, wir hätten in Deutschland ein System, das von Christen mitgetragen werde. Dennoch sei die Politik ein eigenes Geschehen, die Bibel könne man nicht eins zu eins übersetzen. Kirche und Politik könnten sich jedoch gegenseitig befruchten.

Als Staatssekretär im Familienministerium geht es Kues vor allem darum, der jungen Generation Chancen zu eröffnen. „Wir müssen Bedingungen schaffen, dass Familien leben können. Das ist eine Investition in die Zukunft“, erklärt Kues. In diesem Zusammenhang lobt er die AGV für ihre Forderung nach einer besseren Vereinbarkeit von Studium und Familie. Im Familienministerium sind auch Freiwilligendienst und Ehrenamt wichtige Themenfelder. „Wir brauchen Leute, die mehr tun als das Normale“, forderte Kues und ermutigte die AGV-Vertreter, sich weiter für eine gute Sache einzusetzen. „Das ist ein großer Schatz“, so der Staatssekretär.

Ist der Papst ein Grüner?

Können auch die Grünen eine christliche Partei sein? Vom Papst jedenfalls gab es Lob für die „ökologische Bewegung“. Doch ist der Papst deshalb ein Grüner? „Damit haben wir kein Problem, von einem Parteieintritt gehen wir trotzdem nicht aus“, sagt Josef Winkler schmunzelnd. Denn die Ableitungen, die der Papst aus dem Lob für die ökologische Bewegung mache, seien mit dem Programm der Grünen nicht

vereinbar. Winkler selbst ist stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Grünen und im Zentralkomitee der Katholiken. Für ihn ist klar, dass die Meinungen zum Papstbesuch und zur katholischen Kirche im Allgemeinen in seiner Partei divergieren. Neben einer politischen Einordnung schätzt Winkler als Privatmann und Katholik den Papstbesuch als gelungen ein – „mangels hoher Erwartungen“.

Als „bestes Jahr der Parteigeschichte“ bezeichnet der Abgeordnete die vergangenen Monate. Dennoch müsse seine Partei anschlussfähig bleiben oder werden, auch nach rechts, meint Winkler. Die Nähe zu den Sozialdemokraten sieht er positiv, aber es müsse auch andere Optionen geben. Für die Vertreter der katholischen Studenten gab es von Winkler außerdem ein Lob für die klare Distanzierung der AGV von rassistischen Entwicklungen in der Deutschen Burschenschaft.

Neuorientierung der Umweltpolitik nach Fukushima

Kurzfristig musste Umweltminister Dr. Norbert Röttgen sein Treffen mit der AGV absagen, da er in den Bundestag zitiert worden war, schickte aber seinen Staatssekretär Jürgen Becker in die Diskussion mit den Studenten. Seit Fukushima gebe es ein neues Verständnis von Sicherheit, das sei der Maßstab, der heute angelegt werden müsse. Denn alle sähen die Sicherheitsprobleme, vor allem bei einem möglichen Terrorangriff. Würde ein Flugzeug in einen Reaktor fliegen, kann eine Kernschmelze ausgelöst werden, so Becker, der folgendes Szenario beschreibt: „Stellen Sie sich vor, ein Flugzeug fliegt auf den Reak-



Staatssekretär Jürgen Becker aus dem Bundesumweltministerium (oben) und der Parl. Staatssekretär Dr. Helge Braun aus dem Bundesbildungsministerium diskutieren mit den AGV-Vertretern über die Reaktorsicherheit und den Bologna-Prozess.



Die Begegnung von Politik und Kirche auf gesellschaftlicher Ebene erlebten die Teilnehmer beim Michaelsempfang der Deutschen Bischofskonferenz. Hier zog der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, eine erste Bilanz nach dem Papstbesuch, hier konnte man den Bundespräsidenten live erleben und zwanglos mit Politikern und Kirchenleuten ins Gespräch kommen – wie rechts mit Bundesinnenminister Friedrich (KV) [3. v. links] und dem ehemaligen deutschen Botschafter beim Heiligen Stuhl, Hans-Henning Horstmann [3. von rechts] – beiden ist die AGV schon vom letztjährigen Berlin-Seminar bzw. von den Rom-Seminaren bekannt – und für das leibliche Wohl und Unterhaltung war auch gesorgt.

tor Isar 1: Dann ist die ganze Umgebung in einem Umkreis von 200 Kilometern für 500 Jahre unbewohnbar.“ Das bedeute ein enormes Risiko, in Deutschland sei dafür eine große Sensibilität vorhanden, die Bewahrung der Schöpfung habe Priorität. Kritisch zu sehen seien allerdings die Machtverhältnisse in vielen Staaten, in denen wirtschaftliche Interessen die ökologischen bestimmten.

Bezug auf Norbert Röttgen nahmen einige junge Abgeordnete der Unionsfraktion, die sich in der so genannten „Jungen Gruppe“ zusammengefunden haben und mit denen die AGV-Vertreter bei einem „Kamingespräch“ zusammenkamen. Der Sprecher der „Jungen Gruppe“, Marco Wanderwitz, zitiert Röttgen, der gefordert hat, die Themen durch die Augen der Kinder zu sehen. Daran knüpfte sich, so Wanderwitz, die Frage nach Chancengerechtigkeit an. Man brauche Sanktionsmechanismen, um eine weitere Verschuldung zu stoppen. „Den Krieg auf den Finanzmärkten gewinnen wir mit den heutigen Werkzeugen nicht.“ Vom Abgeordneten Prof. Dr. Patrick Sensburg hagelt es Kritik an der NRW-Landesregierung unter Hannelore Kraft (SPD). Dort mache die rot-grüne Minderheitsregierung trotz Griechenland immer weiter Schulden.

Bei der Abstimmung über die Erweiterung des Rettungsschirms haben sich einige Abgeordnete der „Jungen Gruppe“ kurzfristig zu einer Unterstützung durchgerungen. Sie wollten keine schlechte Stimmung in der Fraktion riskieren. Außerdem sei es nicht um die Sache gegangen, sondern darum, die Regierung vorzuführen. „Das möchten wir der Opposition nicht bieten“, so Wanderwitz. Wir müssten uns die Frage von unserer Vision für Europa stellen. Wo sehen wir Europa? „Europa ist so unterschiedlich wie Deutschland und Rumänien“, konstatiert der Abgeordnete.

Am Ende des Kamingesprächs fordert Wanderwitz die AGV auf, sich weiter in den politischen Willensbildungsprozess einzumischen und besonders für Generationengerechtigkeit einzustehen. Die Begegnung mit den jungen Abgeordneten zeigt aber auch, dass die jungen Politiker in vielen Punkten die Positionen der katholischen Studentenverbände teilen. Passend dazu haben beide Seiten vereinbart, weiter in Kontakt zu bleiben.

Debatte um Bologna-Reform

Eines der Hauptthemenfelder der AGV ist die Bildungspolitik. Für das im Frühjahr 2011 veröffentlichte Positionspapier „Zehn Feldberger Thesen zur Hoch-



Oben: Unter der Moderation des AGV-Vorsitzenden Bernd Schulte (Mitte) diskutierten bei einem „Kamingespräch“ Abgeordnete der „Jungen Gruppe“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (von links) Christian Hirte, Dr. Reinhard Brandl und Marco Wanderwitz sowie der CDU-Abgeordnete Prof. Dr. Patrick Sensburg ■ Unten: Gastgeber des Abends war die Berlin-Vertretung der Lanxess AG, deren Leiter und Bevollmächtigter des Vorstands Johannes Neukirchen (4. von rechts) die Gäste begrüßte.

schulpolitik“ gibt es Lob vom Bundestagsabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretär im Bildungsministerium Dr. Helge Braun. Wie die AGV sieht Braun keine Notwendigkeit, den Bologna-Prozess zu kippen, sondern man müsse den eingeschlagenen Weg akzeptieren und dürfe bei aller berechtigten Kritik auch die „großen Erfolge“ nicht übersehen.

Braun sieht viele Probleme bei der Bologna-Reform nicht im System als solchem, sondern bei der Umsetzung an den Hochschulen. Das Ministerium könnte nur als Ideengeber fungieren. Wie die Vertreter der katholischen Studenten hält Braun eine Umstellung auf das Bachelor-/Master-System im Fachbereich Jura für nicht erforderlich, weil dort die internationale Mobilität am geringsten sei. In der Medizin laufen mit zwei Reformstudiengängen in Olden-

burg und Berlin nun Tests, ob hier eine Umstellung sinnvoll sein könnte. Die AGV sieht einer Einführung des Bachelor-/Master-Systems bei den Studienfächern Medizin und Jura skeptisch entgegen und fordert in den „Zehn Feldberger Thesen“ einen Aufschub der Umsetzung. Ein Grund dafür ist, dass es bisher nicht gelungen sei, Berufsfelder für Bachelorabsolventen dieser Fächer aufzuzeigen.

Für all diejenigen, die in die Wissenschaft wollen, fordert Braun Masterstudienplätze. Außerdem setzt er auf die berufliche Weiterbildung, die in Deutschland weitestgehend fehlt. „Wir brauchen eine Gesellschaft des lebenslangen Lernens“, fordert der CDU-Politiker. Kritik seitens der AGV gab es an Debatte über Promotionsrechte für Fachhochschulen und der damit verbundenen „FH-isierung der Wissenschaft“.



Bild oben: Den Abschluss der Gespräche in Berlin bildete ein Besuch im Berliner Büro des STERN, wo Hans Ulrich Jörges, Mitglied der Chefredaktion der Illustrierten, den Studentenvertretern Rede und Antwort stand. ■ Bild unten: Gruppenbild mit Hans-Ulrich Jörges (7. v. links)

Der letzte Tag des Seminars beginnt mit einer Eucharistiefeier, die der Leiter des Katholischen Büros in Berlin, Prälat Dr. Karl Jüsten (KV), mit den Teilnehmern feierte. In seiner Predigt geht er auf die Ansprache von Papst Benedikt vor dem Deutschen Bundestag ein.

Neben den Gesprächen mit den Politikern hat die AGV auch den Journalisten Hans-Ulrich Jörges vom Magazin *Stern* getroffen. In seinem Berliner Büro direkt an der Spree präsentiert Jörges zunächst seine Dachterrasse. Von dort hat er ein ganz besonderes Andenken. „Wollt ihr mal eine Reliquie sehen?“, fragt er in die Runde. Aus seiner Schublade zieht er eine kleine Schachtel, holt getrocknetes Unkraut heraus. Das habe die Kanzlerin einmal auf seiner Dachterrasse gepflückt und aufgefordert, bei Gelegenheit den Rest zu entfernen. Im Gespräch beschreibt Jörges die Erwartungen, die zurzeit an die Kanzlerin gerichtet werden. Sie habe in der Debatte um die Erweite-

rung des Euro-Rettungsschirms gar nicht gesprochen, die Leute warteten allerdings auf eine Grundsatzrede der Kanzlerin. An vorgezogene Neuwahlen glaubt er allerdings nicht.

„Sinnkrise“ der FDP

Dennoch spricht Jörges von einer „Sinnkrise“ der FDP, die die Folgen der Finanzkrise nicht verarbeitet hätte. In



Schließlich kam es doch noch zu einer Begegnung mit Umweltminister Dr. Norbert Röttgen am Rande des Michaelsempfangs der Deutschen Bischofskonferenz

seine Kritik schließt er auch Außenminister Guido Westerwelle ein, der zur Krise in Europa nichts sage. „Deutschland wird als starkes Land und Kern der EU und der Euro-Zone wahrgenommen“, meint Jörges dennoch. Berlusconi befinde sich in Italien irgendwo zwischen Bordell und Mafia, Sarkozy bereite sich in Frankreich auf seine Niederlage bei den Wahlen im kommenden Frühjahr vor, Großbritannien und die USA seien am Euro nicht interessiert.

Der Aufschwung der Piratenpartei könnte nach Meinung des erfahrenen Journalisten sogar für die Union nützlich sein, da die Piraten eher eine Gefahr für Rot-Grün darstellten, vor allem aber eine Bedrohung für die Linkspartei, wie die Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus gezeigt habe. Eine Stärke der Piratenpartei sieht der Journalist darin, dass sie das Internet als Instrument der Meinungsbildung nutzt.

Für die Vertreter der AGV bot das Abschlussgespräch mit Jörges eine gute Möglichkeit, aus einer anderen Perspektive auf die politische Lage in Deutschland zu blicken, da ein Journalist noch viel freier über die Arbeit der Politik sprechen könne als ein Politiker, so der stellvertretende AGV-Vorsitzende Claus Broekmans (UV). „Mit hochkarätigen Gesprächspartnern hatten wir viele gute Gelegenheiten, über Themen, die die junge Generation bewegen, zu diskutieren“, zieht der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Bernd Schulte (KV), nach den drei Tagen in Berlin Bilanz.

Besonders freue es die AGV natürlich, wenn Politiker die Ideen aus den Thesenpapieren der Arbeitsgemeinschaft aufnehmen. „Das zeigt, dass die katholischen Studenten durch gute inhaltliche Arbeit auch in Berlin wahrgenommen werden“, so Schulte. Außerdem hätten die Gespräche mit Volker Kauder, Josef Winkler oder Hermann Kues gezeigt, dass es exponierte Politiker gibt, die aus ihrem festen christlichen Glauben politisch handeln. „Das bestärkt uns in unseren Bemühungen“, erklärt Schulte.

Neben den inhaltlichen Diskussionen ist auch der Austausch zwischen den Vororten der einzelnen Verbände hervorzuheben. Die Gespräche mit Multiplikatoren aus Politik und Medien sowie der Kontakt untereinander haben neue Impulse für die Arbeit innerhalb der AGV und in den Verbänden gegeben.